

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Diensttag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt für das Dienstjahr 1/2 Mark, monatlich 1/10 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 1/10 Pfennig. Nach auswärts Portozuschlag.

# Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhof-Allee 3 und von allen Anzeigen-Expositionen angenommen. Die Jahrgangspostgebühren betragen: 0 Pfennig, die Reflektierte 10 Pfennig.

## Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe  
Sprechsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5



für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend  
Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder. Anzeigenpreis für die neugegründete Kleinzeile oder deren Raum 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamazeile 80 Pfennig. Berechnung in Goldmark zum amtlichen Dollarkurs.

Nr. 15. Postfach-Ronto: Berlin 62448 Dienstag, den 5. Februar 1924 Postfach-Ronto Berlin 62448 23. Jahrg.

### Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Ein Kneifer als verloren gemeldet.  
Birkenwerder, den 4. Februar 1924.  
Der Amtsvorsteher. Jung.

### Kurze Nachrichten.

Der Reichsfinanzminister hat das wertbefähigte Notgeld der Stadt Berlin mit Wirkung vom 10. Februar an aufgerufen. Unberührt hierdurch bleibt das Notgeld der Reichsbahn und Preußens.  
Mit Rücksicht auf die zunehmende Arbeitslosigkeit und den Personalabbau hat Eisenbahnminister Defer verordnet, daß künftighin Werkstudenten nur noch ausnahmsweise und nur noch mit seiner vorherigen Genehmigung eingestellt werden dürfen.  
Der Generaldirektor der Stahlwerke Beder, Dr.-Ing. Reinhold Beder, ist in Berlin im Alter von 58 Jahren gestorben. Er hatte sich aus kleinen Anfängen zu einem maßgebenden deutschen Industriellen emporgehoben.  
Die Zahl der Berliner Arbeitslosen ist in der Woche vom 21.—26. Januar um 11 553 auf 278 082 gesunken.  
Die Separatisten haben Wiesbaden in aller Heimlichkeit verlassen.  
In französischen Meldungen wird behauptet, daß die Rheinlandkommission mit der Verwaltung der Pfalz unter Einziehung deutscher Behörden beauftragt wird.  
Macdonald hielt im Londoner Wigorn-Club eine bedeutende Rede über die freundschaftlichen Beziehungen Englands zu Amerika.  
Der englische Arbeiterkongress beabsichtigt in allen großen Staaten der Welt sogenannte Arbeiterbotschafter zu ernennen.  
Der belgische Minister der öffentlichen Arbeiten hat in der Kammer ein Projekt zur Abänderung des achtstündigen Arbeitstages eingebracht.  
Nach New-Yorker Meldungen beabsichtigt Deutschland in diesem Jahre für 100 Millionen Dollar amerikanische Baumwolle zu kaufen.  
Das japanische Parlament ist nach einer stürmischen Sitzung aufgelöst worden.

### Die Erzbergermörder entdeckt.

Budapest, den 3. Februar. Im ungarischen Reichstag wurde gestern die Nachricht verbreitet, daß die beiden Erzberger-Mörder Schulz und Tillen verhaftet worden sind. Nach der angestellten Untersuchung liegt der Fall so: Schulz und Tillen sind in Ungarn, sie haben Kungura seit dem Tage ihres Eintreffens nicht verlassen, die Meldung, die Mörder seien nach Spanien geflohen, war auf Täuschung der deutschen Behörden berechnet. In Wahrheit sind Schulz und Tillen auf einem landwirtschaftlichen Gut in Ungarn seit Jahr und Tag tätig. Ihr Aufenthaltsort war den mit Hitler verbundenen nationalistischen Gruppen wohl bekannt. Mit dem Zusammenbruch der Hitlererei ist auch die Auflösung der „weißen Banden“ in Ungarn in Gang gekommen. Die Verdrehungsgeheimnisse kamen ans Licht. Vor einigen Tagen ist nun der deutsche Gesandte von dem Aufenthaltsort der Erzberger-Mörder verhaftet worden. Er hat die ihm gemachten Mitteilungen nach Berlin weitergegeben. Nunmehr hat der deutsche Gesandte namens der deutschen Regierung an das ungarische Ministerium des Innern das Ersuchen gerichtet, die Erzberger-Mörder zu verhaften, worauf das gesetliche Auslieferungsbegehren sofort eingeleitet werden wird.

### Formelle Anerkennung Moskaus durch London.

London, 1. Februar. Die britische Regierung hat die russische Regierung formell anerkannt. Der britische Vertreter in Moskau Hodgson verkündigte heute die russische Regierung davon in einer Note, in der erklärt wird, die Anerkennung der Sowjetregierung würde nach den Grundsätzen des internationalen Rechtes automatisch alle Verträge in Kraft treten lassen, die zwischen beiden Ländern vor der russischen Revolution abgeschlossen wurden, mit Ausnahme der Verträge, die widerrufen wurden oder die in anderer Weise rechtlich zu Ende kamen. Ferner wird vorgeschlagen, mit russischen Bevollmächtigten möglichst bald in London die Frage der politischen Propaganda zu besprechen und schließlich dem Wunsch nach Einsetzung der betreffenden Botschafter Ausdruck zu verleihen.  
Weiter erzählt zur Frage der Anerkennung der Sowjetregierung, die Anerkennung bedeute natürlich einen Verzicht auf die Schulden an England. Die Sowjetregierung habe ferner die Versicherung abgegeben, daß die Propaganda gegen Großbritannien eingestellt werde.

### Aufwertung und Inflationssteuer.

Das Reichskabinett hat dem Entwurf der 3. Steuernotverordnung zugestimmt.  
Die das Leben vieler Tausender alter und arbeitsmüder Volksgenossen so tief berührende Frage der Hypothekenaufwertung, also der Behandlung privater Schuldverschreibungen wird nun geregelt. Die immer noch an eine einigermaßen andere Entschädigung glaubenden „Gläubiger“ erhalten 10 % des Goldwertes zugesprochen. Wer also eine Hypothek von 50 000 Mark ausgeschrieben hatte, wird mit 5000 Rentenmark abgefunden. Und wenn es dem Schuldner schlecht geht, dann kann er eine noch geringere Aufwertung beantragen. Immerhin soll aber eine Sonderregelung in der Frage der Aufwertung von Pfandbriefen stattfinden, die den Ausschluß von Spekulationserwerbern und die Begünstigung von altem Besitz von Mädeln, gemeinnützigen Anstalten und Stiftungen sowie ähnlichen zu minderbekannteren Anlagen und Stiftungen zugehören. Denn das war ja ein besonderer Anreiz, daß diese fünf Jahre hindurch jeder Vormund und Kurator, das gesetzlich verpflichtet war, das Vermögen seiner Pflegebefohlenen in „mündelsicheren“ Staatspapieren anzulegen, nicht etwa in Industriepapieren, und ohnmächtig zusehen mußte, wie dies Vermögen von der Woge der Inflation verschlungen wurde. Dadurch kamen Hunderttausende um ihr Vermögen!  
Für sich selbst und für alle anderen öffentlichen Anlagen, also für die Reichs-, Staats- u. v. w. Papiere erklärt das Reich rund heraus den glatten Verlust, wenigstens einen zeitweiligen. Denn bis zur Abdeckung aller Reparationsverpflichtungen wird der Anspruch auf Kapital- und Zinszahlung für diese Papiere ausbleiben. „Oh überhaupt und dann, in welchem Umfange und zu welchem Zeitpunkt Zinsen- und Tilgungsdienst wieder aufgenommen werden sollen, wird in späterer Zeit durch besonderes Gesetz geregelt“, heißt es in der Veröffentlichung. Die ganze summierte Schuld des Reiches beträgt etwa 70 Milliarden, also 7 Pfennige in Gold. Das Reich ist also der allergrößte Inflationsgewinnler. Dafür will es aber die anderen Inflationsgewinnler gründlich besteuern. Der Geldumwertungsgewinn jeder Hypothek- u. w. Schuldner soll „aus Gründen der Gerechtigkeit“, vor allem aber wegen des dringenden Finanzbedarfs zum großen Teil weggekauert werden, und zwar sollen jene Schuldner, die vor dem 31. Dezember ihre Obligationen ausgezahlt haben, mit einer Steuer von 12 % des Goldmarktwertes der Schuldverschreibungen belegt werden. Die noch nicht getilgten werden mit einer Steuer von 2 % des Goldwertes belastet, so daß der Schuldner also diese 2 % und die 10prozentige Aufwertung bei der Tilgung zu zahlen hat. Demgemäß wird auch eine Steuer auf den Inflationsgewinn vorbereitet; dadurch sollen nun alle jene getroffen werden, die solche Gewinne bei der Rückzahlung entwerteter Papiermarktreiche, bei der Ausgabe von Papiernotgeld, das ja bei der Einführung nur noch einen geringen Teil des ursprünglichen Wertes hatte und teilweise durch öffentliche Zuschüsse kreditiert war — allerdings haben nicht nur Private, sondern auch Kommunen dieses Inflationsgeschäft gemacht! — und schließlich durch die Geldumwertung der Grundbesitzer belastet haben. Namentlich der Geldumwertungsgewinn bei bebaute, insbesondere dem häuslichen Grundbesitz wird im Anschluß an die Steigerung der Mieten vorgenommen und diese Besteuerung wird ebenfalls die auf den unbebaute in den Ländern und Gemeinden überfallen. Den Ländern sollen übrigens auch jene gewaltigen Geldumwertungsgewinne zur Besteuerung freigegeben werden, die aus der kreditweisen Bezahlung bei Holzverkäufen in öffentlichen Forsten entstanden sind. Das war übrigens auch ein zum Himmel stinkender Stank, daß Barzahlung bei Holzkauf nicht sofort verlangt wurde; Erfolg: der preußische Forstetat hat ein riesiges Defizit aufzuweisen gehabt!  
Aberhaupt sollen die vor oder mitten in dem finanziellen Ruin stehenden Länder und Gemeinden frühere Besteuerungsmöglichkeiten zurückerhalten, falls eine neue Verteilung bestehender Steuerquellen ihnen eine gewisse finanzielle Selbständigkeit wiedergeben. Das ist ja namentlich durch die bekannte bayerische Denkschrift angelegt worden und bedeutet eine Abkehr von der überfüllten und deshalb schließlich völlig verfallenden Zentralisierung des deutschen Steuerwesens.

### Die Grundsteuer im Preussischen Landtag angenommen.

(298. Sitzung.) u. Berlin, 1. Februar.  
Die Beratung über die Grundsteuer wird fortgesetzt. Abg. Schulerz (Zentrum) war für die Landwirtschaft ein und richtete heftige Angriffe gegen Forst- und Domänenverwaltung, Landwirtschaftsminister Dr. Wendt antwortete darauf mit der Versicherung, es sei nicht wahr, daß bei den Grundsteuerverfahren der Domäne das Land Berlin irgendein Beamter einen Pfennig Profiton verdient habe. Abg. Gumbel (Deutschf.) führte aus, die Steuerhöflichkeit der Forsterei sei von daß gegen den Besitz littiert. Abg. Schollisch (Soz.) wandte sich in der Hauptsache gegen die von ihm behauptete Steuerhöflichkeit der Reichsparteien.  
Die sozialdemokratische Fraktion hat einen Änderungsantrag gestellt, wonach in der Frage der Erhebung von Zuschlägen die Regierungsvorschläge wiederbegründet werden und eine Erhebung von Zuschlägen über 30 % ausgeschlossen werden soll. Der Ausschuss hatte den Prozentfuß auf 150 % herabgesetzt.  
Nach kurzer weiterer Debatte schließt die allgemeine Aussprache.  
In namentlicher Abstimmung wird die Grundsteuernotverordnung mit 206 gegen 110 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Dagegen stimmen die Deutschnationalen, die Kommunisten, Deutschhannoveraner und die Wirtschaftspartei.  
Dann kommt die Ausschlußdeklaration zur Änderung der Verordnung zur zweiten Beratung. Sie will bei land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitz die bekannten Ermäßigungen eintreten lassen. Die Deutschnationalen Änderungsanträge werden abgelehnt.  
(297. Sitzung.) t. Berlin, 31. Januar.  
Der preussische Finanzminister Dr. v. Richter gab in der gestrigen Abend Sitzung ein ausführliches Bild der finanziellen Lage Preußens. Der Minister ging ein auf das Verhältniß des Reiches zu den Ländern und Gemeinden, besonders in finanzieller Beziehung, und betonte die Notwendigkeit, den Ländern eine größere Bewegungsfreiheit in dieser Beziehung zu geben, und trat für die Bewilligung der Grundbesitzersteuer ein. Heute trat das Haus in die Beratung nach den neuen Vorschlägen des Ausschusses ein. Das Gesetz soll schon am 1. Februar in Kraft treten. Ein Antrag der Deutschnationalen will eine Ermäßigung der Steuer herbeiführen. Weiter wünschten die Deutschnationalen, das, soweit bei verpachteten oder vermieteten, bebauten oder unbebauten Grundbesitz der auf die Pächter oder Mieter entfallende Steueranteil nicht eingezogen werden kann, der Eigentümer von der Haftung für die Steuer frei wird.  
Abg. Dr. Schitten (D. Vp.) begründete eine große Anfrage seiner Fraktion über die Prüfung der landwirtschaftlichen Steuerleistungsfähigkeit.  
Landwirtschaftsminister Dr. Wendt beantwortete die große Anfrage der Deutschen Volkspartei in zusammenfassendem Sinne.

Wirtungen der neuen Steuernotverordnung. — Keine Friedensmiete 1924.  
In dem nunmehr vorliegenden Entwurf der dritten Steuernotverordnung ist nach einer Anzahl Bestimmungen von Wichtigkeit, die im wesentlichen die Beschaffung der Mittel für die Länder, den Entwertern ausgleich und die Befestigung der Mieten betreffen.  
Die Länder erhalten am 1. Februar noch 50 % Zuschuß, am 1. März noch 25 % und am 1. April 50 % der Zuschuß auf. Zum Ausgleich ist den Ländern die gesamte materielle und finanzielle Regelung aller mit den bebauten Grundbesitzern zusammenhängenden Steuer- und Verwaltungsfragen wieder ermöglicht überlassen worden. Die Länder können daneben das Miet- und Wohnungsgesetz selbständig regeln, mit der einen Einschränkung, daß sie bei Abweichungen vom Bürgerlichen Gesetzbuch der Zustimmung der Reichsregierung bedürfen. Sie können auch die Höhe der Mieten und die aus dem Entwerternsgewinnen des hypothetisch belasteten Hauses bestehende neuen Wirtungsteuer, die die Aufwertung der Hypotheken sowie aller dringlichen Sätzen und die Aufwertung langfristiger Kreditverträge in Höhe von 10 %.  
In diesem Jahre noch keine Friedensmiete.  
Die Mieten sollen allmählich, gemäß der Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftslage, der Friedensmiete angeglichen werden. Ihre Besteuerung muß so bemessen sein, daß dem Eigentümer von der Miete mindestens die Hälfte der Erträge verbleiben, die zur Verrentung des angelegten Kapitals und zur Deckung der vorliegenden Ausgaben erforderlich sind. Diese Beträge müssen am 1. April d. J. 30 % der Friedensmiete erreicht haben. Von der Besteuerung sind im allgemeinen die nach dem 1. Juli 1918 bezugsfertig gewordenen neuen Gebäudeteile auszunehmen. Für Eigenbauwerke bestimmen die Länder, ob eine Verteilung oder Herabsetzung der Steuer einzutreten hat. Was als angemessene Verteilung

### Herren-Bekleidung!

einzelne Grössen verschiedener Serien unbegreiflich billig.  
Moderne Anzüge von 20 bis z. feinst. an Garbadine.  
Elegante ULSTER von 16<sup>50</sup> an  
Prima Gummimäntel von 18 an  
Sportpelze, Cutaway u. Weste, Joppen, Hosent in grosser Auswahl.  
W. Bindel, Berlin, Invalidenstr. 20 am Stettiner Bahnhof.